

Stellungnahmen aus der protestantischen Kirche Chinas zum Abriss von Kirchen und Kirchenkreuzen in Wenzhou

Vorbemerkung: Seit April 2014 kam es in der Provinz Zhejiang, besonders in Wenzhou, im Rahmen der Operation „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ der Provinzregierung zum Abriss von Kirchenkreuzen und Kirchengebäuden. Auf diese Vorfälle beziehen sich die folgenden Äußerungen. Zu den Hintergründen siehe den Beitrag in den **Informationen** dieser Nummer. (Red.)

Antwort auf Anfragen von Seiten einiger Gläubigen, die sich auf Kirchen, Kreuze u.a. bei den „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ der Provinz Zhejiang beziehen

Vorbemerkung der Redaktion von *China heute*: Der folgende Text ist eine Stellungnahme der beiden nationalen Leitungsgremien der offiziellen protestantischen Kirche Chinas – des Chinesischen Christenrats und der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung. Der chinesische Originaltext erschien unter dem Titel „Dui bufen xintu jiu Zhejiang ‚San gai yi chai‘ zhong sheji jiaotang, shizijia deng wenti de dafu“ 对部分信徒就浙江省“三改一拆”中涉及教堂、十字架等问题的答复 auf der Website der beiden protestantischen Leitungsgremien, www.ccctspm.org/news/ccctspm/2014/512/14512370.html. Aus dem Chinesischen übersetzt von Anton Weber.

Vorbemerkung des Editors [der Website des Chinesischen Christenrats und der Drei-Selbst-Bewegung]: Neuerdings hat die Regierung der Provinz Zhejiang bei der Durchführung der Aktion „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ (Umgestaltung alter Wohn- und Fabrikviertel und Dörfer in Städten sowie Abriss gesetzwidrig errichteter Gebäude) einen Teil der protestantischen Kirchbauten und einige zugehörige Bauten, die unter dem Verdacht standen, gesetzwidrig errichtet worden zu sein, abreißen lassen. Eine beträchtliche Zahl von Gläubigen hat aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung und aus dem Bemühen, das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, verschiedentlich telefonisch und brieflich nachgefragt, worum es hier gehe. Nachdem die beiden nationalen Gremien der protestantischen Kirche sich gründlich über die Sache informiert haben, geben sie darauf nun folgende öffentliche Antwort:

Entsprechend unserer Einsichtnahme geht es der Provinzregierung von Zhejiang bei der Aktion „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ um gesetzwidrige Bauten innerhalb der ganzen Provinz, die gegen Gesetze und Rechtsbestimmun-

gen zur Bodenverwaltung, zur Stadt- und Landplanung u.a. verstoßen. Das Ziel ist, die Urbanisierung neuen Typs voranzutreiben, das Stadt- und Landbild zu verbessern und die Umwelt in den Wohngebieten zu verschönern. Gegenüber einer solchen guten Zielsetzung sollten die Kirchen an allen Orten und ihre Gläubigen Verständnis zeigen und zur Unterstützung bereit sein.

Im Verlaufe der Umsetzung der „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“ sind einige Kirchenbauten in der Provinz Zhejiang in den Verdacht geraten, unter Missachtung der Vorschriften errichtet worden zu sein, und [die Gemeinden] deshalb angehalten worden, sie abzureißen oder die entsprechenden Verbesserungen anzubringen. Wir hoffen deshalb, dass die örtlichen Stellen der beiden protestantischen Gremien und die Pastoren und Gläubigen der Gemeinden vor Ort dem Vorgehen der Regierung zur Durchsetzung der gesetzlichen Vorschriften Verständnis und ein korrektes Verhalten entgegenbringen. Sie sollen aus sich heraus ihre Verantwortung wahrnehmen und sobald wie möglich die notwendigen Änderungen vornehmen und alles daran setzen, um im Rahmen des von den Gesetzen und Rechtsbestimmungen Erlaubten zu einer zweckdienlichen Lösung der bereits bestehenden Schwierigkeiten beizutragen und so das gute Image einer patriotischen und gesetzestreuen protestantischen Kirche in der Gesellschaft zu wahren. Auch sollen sie offen sein für Belehrung und das Bewusstsein für ein Handeln nach dem Gesetz wirksam verstärken. Zugleich bitten wir aber auch die zuständige Behörden, sich mit den beiden protestantischen Gremien und den Gemeinden vor Ort zu beraten, wie unter der Voraussetzung, dass die legitimen Rechte der religiösen Kreise gewahrt werden und den religiösen Gefühlen der Gläubigen die ihnen gebührende Achtung entgegengebracht wird, eine dem Gesetz entsprechende angemessene Handhabung [des Problems] vorgebracht werden kann. Wir wollen nicht erleben, dass an einzelnen Orten auf Grund erzwungener Abreißmaßnahmen die gesellschaftliche Harmonie in Mitleidenschaft gezogen wird.

Neuerdings ist es allorts in der Provinz Zhejiang vorgekommen, dass ein Kreuz nach dem anderen von Kirchen abgerissen oder versetzt wurde, was bei den Leuten zu großer Unruhe geführt hat. Allen ist bekannt, dass das Kreuz ein wichtiges Symbol des Christentums ist, welches den echten und einfachen Glauben seiner Anhänger in sich vereint. Wir sind der Meinung, dass, wenn [das Kreuz] das im ursprünglichen Bauplan vorgesehene Maß nicht überschreitet und auch nicht die Sicherheit gefährdet, sondern nach Belieben gewaltsam abgerissen oder versetzt wird, eine solche Handlungsweise höchst unangemessen ist und ihr sofort Einhalt geboten werden sollte!

Wir sind überzeugt, dass die Partei ihre Religionspolitik bezüglich der Glaubensfreiheit nicht ändern wird. Die beiden nationalen Gremien der protestantischen Kirche stehen schon lange und fortgesetzt in verstärkter Kommunikation und Kontakt mit den entsprechenden Verantwortungs-

trägern in der Regierung, um die berechtigten Ansprüche der Gläubigen weiterzuleiten und die legitimen Rechte der Kirche zu schützen. Gleichzeitig beten wir zu Gott für die betroffenen Kirchengemeinden und Glaubensbrüder- und Schwestern in Zhejiang: Gott gebe euch Weisheit, damit ihr imstande seid, die anstehenden Probleme korrekt und angemessen zu lösen. Auch bitten wir Gott, dass er euer Vertrauen bewahre, damit ihr feststeht in der Liebe Christi!

Die beiden nationalen Gremien
der protestantischen Kirche

12. Mai 2014

Der Abriss des Kreuzes der Sanjiang-Kirche – Überlegungen aus einer modernen Verwaltungsperspektive

Chen Yilu

Vorbemerkung der Redaktion von *China heute*: Rev. Chen Yilu leitet das Nanjing Union Theological Seminary, das nationale Seminar der offiziellen protestantischen Kirche in China. Der folgende Beitrag wurde am 26. April 2014 als Blog-Beitrag veröffentlicht (http://blog.sina.com.cn/s/blog_c26078410101fjf.html). Die deutsche Übersetzung von Katrin Fiedler erschien zuerst in *Duihua – mit China im Dialog* Nr. 24 (Juni 2014), S. 1-3. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von *Duihua*.

Aus Sicht eines strengen Vorgehens gegen illegale Bauten kann man das Verhalten der Zhejianger Regierung zwar verstehen, aber das Problem irregulärer Bauten grassiert in ganz Zhejiang. Es ist ein Problem, das uns hinterlassen wurde durch das Entwicklungsmuster „nach Steinen tastend den Fluss überqueren“, also seinen Weg im Erproben zu finden, und kann nur schrittweise gelöst werden. In diesem Fall allerdings wendet die Regierung von Zhejiang ungeduldige und unbeugsame Maßnahmen an, die nicht in Einklang stehen mit den Prinzipien und Erkenntnissen moderner Verwaltung. Sie werden gewiss inneren Schaden anrichten, das Ansehen von Partei und Regierung sowie die Gefühle der Bevölkerung gegenüber der Partei schädigen und die gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigen. All dies ist die Anstrengungen nicht wert und ein Beispiel gescheiterter Regierungsführung.

Die Regierung von Zhejiang benutzt offensichtlich grobe und harte Methoden, um Massenvorfälle in den Griff zu bekommen. Sie hat nicht vor dem Vorfall zunächst mit der örtlichen Einheitsfront, dem Religionsbüro und den Religionsvertretern kommuniziert und verhandelt, sondern

eigenwillig eine Methode angewandt, die sie für richtig befand. Hierin zeigt sich die Naivität und Voreingenommenheit der politischen Entscheidungsträger.

Wie man hört, benutzt die Regierung in Zhejiang sowohl Anreize als auch Drohungen, um Verantwortliche aus den Religionsgemeinschaften und die Angehörigen von in der Kirche wartenden Gläubigen zu bedrohen. Dies verletzt den Geist modernen Rechts; derartiges Vorgehen riecht nach Sippenhaft und tritt die Menschenrechte grob mit Füßen. Wenn die Regierung davon spricht, das Problem illegaler Bauten lösen zu wollen, hat sie selbst bereits gegen Bestimmungen und Gesetze verstoßen. Außer dass ihr Vorgehen bei den Menschen als grob und hart ankommt, weist es keinerlei Erkenntnisse aus der modernen Verwaltung auf. Ich hoffe, die Zentralregierung wird bald eingreifen, um die schrittweise Verschlechterung der Situation zu vermeiden. Die politischen Führer in Zhejiang müssen begreifen, dass mit dem Versiegen der Lebenskraft der Sanjiang-Kirche der chinesische Drache nur schwer überleben können.

Im Religionsverständnis der chinesischen Kommunistischen Partei gibt es eine sehr wichtige Vorstellung, nämlich den Massencharakter der Religion, den die örtliche Regierung von Zhejiang offensichtlich noch nicht verinnerlicht hat. Ein einziger Haushalt, dem die Enteignung für öffentliche Zwecke droht, kann mit den entsprechenden Behörden über mehrere Jahre im Konflikt liegen, und da soll das Herabreißen des Kreuzes einer Kirche einfacher sein? Diese unvollkommene Erkenntnis [des Massencharakters von Religion] resultiert in der jetzigen Situation mit ihrer Eskalation und ihrem Patt. Dabei hat das „Dokument Nr. 19“ der Partei diesen Punkt vor vielen Jahren sehr luzide dargestellt und betont, dass Probleme mit Angehörigen der religiösen Volksmassen durch Verhandlungen gelöst werden sollen.

Was diesen Vorfall betrifft, so handelt es sich nicht um irgendein Problem des religiösen Glaubens, sondern um ein Problem der Rechte und Interessen, die den Massencharakter von Religion berühren. Die Gläubigen der Sanjiang-Kirche schützen ihre Rechte und Interessen, wobei beide Seiten in der Vergangenheit Fehler begangen haben. Die Kirche beinhaltet illegale Gebäudeteile, wobei die Regierung damals die illegalen Gebäude durch ihr Stillschweigen toleriert hat; nur so konnte es zur heutigen Situation kommen. Man kann weder sagen, dass allein die Kirche schuld ist, noch der Ansicht sein, dass die Regierung keine Verantwortung mehr trifft, sobald man mit den damals zuständigen Regierungsvertretern abgerechnet hat. Vielmehr muss man das Problem durch Verhandlungen lösen und nach dem vernünftigsten und juristisch besten Weg streben und darf diese Gebäudeteile keinesfalls mit Gewalt zerstören.

Inzwischen müssen wir bereits von einem krisenhaften Vorfall sprechen, und die Regierung wendet Methoden des Krisenmanagements an, um eine Eskalation der Situation zu vermeiden. Zahlreiche Gläubige sind in die Kirche eingezogen und haben geschworen, die Kirche mit ihrem Le-

ben zu schützen. Handhabt man eine solche Situation nicht vorsichtig, kann es zu Vorfällen mit Tötungsdelikten oder lebensgefährlichen Situationen kommen. Wenn aber eine Situation bereits die Möglichkeit von Todesfolge in sich birgt, dann ist die Stunde der Krise erreicht und man muss das Krisenmanagement in Bewegung setzen, einschließlich von Verhandlungen und einer Garantie für Leib und Leben. Dieses Bewusstsein ist bei der Regierung von Zhejiang aber nicht erkennbar vorhanden. Vielmehr konfrontiert sie die gläubigen Massen mit Polizeikräften und Abrissgeräten in großem Stil. Eine solche Situation ist brandgefährlich und besorgt uns sehr. In gewisser Hinsicht lässt sich sagen: Sollte es wirklich zu Todesfällen kommen, dann wäre die Regierung dafür verantwortlich.

Beim 3. Plenum des 18. Parteikongresses im November 2013 wurde betont, dass das Verhältnis zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität gut austariert werden muss. Das bedeutet, dass die Stabilität unter allen Umständen Vorrang hat. Im Behandeln dieser Angelegenheit hat die Regierung von Zhejiang jedoch diese dialektische Beziehung nicht vollständig erfasst. Wenn eine Regierung der Sicherheit für Leib und Leben der Bevölkerung keine Beachtung schenkt, wird ihre Legitimität infrage gestellt, zumal dieses Vorgehen auch nicht dem Prinzip der Kommunistischen Partei entspricht, „eine Partei im Interesse des Volkes zu errichten und für das Volk zu regieren“. Wir hoffen, dass beide Seiten vor Ort Zurückhaltung üben werden, um die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten, und dass zügig Verhandlungen in Gang gesetzt werden, um die beidseitige Situation der Konfrontation aufzulösen, sodass diese Krise durch Kommunikation und Koordination schon bald beendet werden kann; allein ein solches Vorgehen entspricht den Prinzipien einer modernen Verwaltungslehre.

Anfänglich war die Regierung von Zhejiang der Ansicht, das gewaltsame Herunterreißen des Kreuzes der Sanjiang-Kirche sei ein isolierter Vorgang im Zusammenhang mit der Entfernung illegaler Bauten, aber anders als intendiert ist diese Angelegenheit schrittweise eskaliert und zu einem Massenvorfall geworden, zu einer krisenhaften Angelegenheit, zu einem Brennpunkt. Wenn sie sich weiterhin derart entwickelt, kann sie zu einer Angelegenheit mit Blutvergießen und zu einem politischen Vorfall werden. Leider nimmt die Regierung von Zhejiang dies nicht ernst und ist überhaupt nicht zu Kompromissen und aktiver Kommunikation bereit, das ist schockierend. Es ist selten, dass ein Verwaltungsbeamter Massenvorfälle derart missachtet. Wenn dies so weitergeht, könnten zu den Maifeiertagen

Tausende von Menschen unterstützend hinzukommen, um sich vor dem berühmten Kreuz fotografieren zu lassen; dann wäre diese Angelegenheit wirklich eskaliert.

Den Vorfall des gewaltsamen Herabreißen des Kreuzes der Sanjiang-Kirche kann man als einen der ernsthaftesten Zwischenfälle bezeichnen, die seit Gründung der VR China die Regierung und die religiösen Volksmassen in Konfrontation zueinander gesetzt haben. Er hat die Beziehungen zwischen der Partei und den Massen, der Regierung und dem Volk ernsthaft beschädigt und einen unermesslichen politischen Schaden verursacht.

Der Vorfall um die Sanjiang-Kirche hat die gesellschaftlichen Verwaltungskosten erhöht. Für gewöhnlich reißt die Regierung keine illegalen Bauten ab, solange nicht zahlreiche Klagen von Bürgern eingehen, weil das Abreißen Kosten verursacht. Bereits jetzt hat die örtliche Regierung große Ausgaben in diese Angelegenheit investiert. Dabei handelt es sich um das hart erarbeitete Geld der Steuerzahler, das man nicht verwenden darf für Dinge, die dem Staat und dem Volk nicht nützen. Die Ortsregierung aber hat schon große Mengen öffentlicher Gelder verschwendet. Aus Verwaltungssicht betrachtet, hat sie damit wertlose Dinge getan. Wenn wir nach einem verantwortlichen System fragen, dann müssen die Entscheidungsträger und Organisatoren zur Verantwortung gezogen werden.

Der Vorfall um die Sanjiang-Kirche hat die vorzügliche Tradition der Liebe zum Vaterland und zur Kirche und die Christenräte im Verbund mit der Drei-Selbst-Bewegung stark beschädigt. Weil der örtliche Christenrat seine Funktion nicht ausüben konnte, werden sich in Zukunft zahlreiche Gläubige nicht im Umfeld der Christenräte und der Drei-Selbst-Bewegung zusammenfinden, ist doch ihr Name mit Unfähigkeit in Verbindung geraten. Weder konnte der örtliche Christenrat in Vereinigung mit der Drei-Selbst-Bewegung mit der Regierung kommunizieren noch die Gläubigen hinter sich vereinigen. Wahrlich, was für ein Verlust für die Christenräte! So wird der Name „Sanjiang“ nun Inbegriff einer Pattsituation, in der rigide Methoden und verhärtete Beziehungen regieren. Es kann keine Gewinner mehr geben, aber wenn nun nicht ein Krisenmanagement in Bewegung gesetzt und die Entscheidungsträger und Organisatoren in der Regierung rechtzeitig zur Verantwortung gezogen werden, um die öffentliche Entrüstung zu besänftigen und die Situation noch rechtzeitig zu wenden, so wird es zu großen Verlusten kommen, seien sie politischer, gesellschaftlicher oder finanzieller Art.